

Harte Kritik an der Politik von Erdogan

Protestmarsch führte von Oberstraße zum Markt. Kundgebung mit 300 Teilnehmern ging friedlich ab. Kritik an Bundesregierung.

VON ROLF HOHL

Aachen. Weltpolitik wird auch auf dem Aachener Marktplatz behandelt. Bei einer gemeinsamen Kundgebung des Kurdischen Volkshauses Aachen, des Antikriegsbündnisses Aachen und des Aachener Friedenspreises riefen die Veranstalter am Samstag zu mehr Unterstützung für die Kurden im Syrien-Konflikt auf. Insbesondere mit Kritik an der deutschen und der türkischen Regierung wurde nicht gespart – aber trotz harter Worte blieb die Demonstration in einem überschaubaren und friedlichen Rahmen.

Ungefähr 300 Teilnehmer haben sich an dem Protestmarsch von der Oberstraße zum Marktplatz beteiligt, wo schließlich die Abschlusskundgebung stattfand. Dort kritisierte die Bundestagsabgeordnete der Linken, Sevim Dagdelen, die noch immer durchlässige Grenze der Türkei zu Syrien. „Man kann mir nicht erzählen, dass die zweitgrößte Nato-Armee nicht in der Lage sein soll, diese Grenze endlich zu schließen“, sagte sie. Dadurch ermögliche die türkische Regierung die Versorgung der Terrororganisation „Islamischer Staat“ und deren Öl-Geschäfte zur Finanzierung ihres Kampfes in Syrien und dem Irak.

Weiter verurteilte sie die Politik der deutschen Bundesregierung, die sich mit Waffenlieferungen an die Türkei und dem Bundeswehreininsatz in Syrien ebenfalls in den Konflikt verstricke. „Auf unsere Anfrage hin konnte die Bundesregierung nicht ausschließen, dass die Daten der Luftaufklärung deutscher Tornados nicht von der türkischen Armee benutzt werden,



Transparente und Bilder des inhaftierten PKK-Führers Abdullah Öcalan machten deutlich, welche Position die 300 Menschen, die am Samstag in Aachen auf die Straße gingen, einnehmen – die des kurdischen Volkes.
Foto: Ralf Roeger

um damit die Kurden zu bekämpfen“, so Dagdelen. Tatsächlich fliegt die türkische Luftwaffe seit Monaten Angriffe auf benachbarte, von kurdischen Kräften kontrollierte Gebiete und greift diese von der Türkei aus mit Artillerie an.

Auch Parteigenosse Andrej Hunko, ebenfalls Bundestagsabgeordneter, stimmte mit ein und warnte davor, dass „Deutschland

sich nicht zum Paten einer falschen Politik“ machen dürfe. „Uns gelingt es noch viel zu wenig, die Bundesregierung von der Unterstützung für Erdogan abzubringen“, sagte er. Damit ging er vor allem auf die Verhaftungen von Journalisten und die Repressionen gegen die kurdische Partei HDP in der Türkei ein. Besonders vor dem Hintergrund der Flüchtlingskrise sei es falsch, dem türkischen Präsi-

denten dabei die Unterstützung der deutschen Regierung und der Nato zukommen zu lassen, während es solch massive Menschenrechtsverletzungen in dem Land gebe.

Dass nun Friedensverhandlungen zumindest mit den meisten beteiligten Kriegsparteien stattfinden sollen, begrüßten die Demonstrationsteilnehmer. Hunko betonte dabei die Bedeutung des in

der Türkei inhaftierten PKK-Führers Abdullah Öcalan, dessen Kontroverse auch auf zahlreichen Fahnen auf dem Marktplatz zu sehen war. Dieser müsse bei den Verhandlungen ebenfalls mit einbezogen werden, wie Hunko forderte. Denn noch immer bestehe die Gefahr, dass aus dem Syrien-Krieg ein großer Konflikt entstehe – und das gelte es nun mit friedlichen Verhandlungen zu verhindern.

DRUCKEN X SCHLIESSEN